

MEDIENKONFERENZ VOM 15. NOVEMBER 2022

Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom SGB

Löhne und Einkommen müssen zum Leben reichen – Analyse und Forderungen

Die finanzielle Situation der Menschen mit tieferen und mittleren Einkommen ist auch in der Schweiz zunehmend angespannt. Die Teuerung läuft den Löhnen davon, die Energiekosten steigen und im nächsten Jahr kommt der Krankenkassen-Prämienchock. Die Einschätzung der finanziellen Lage war in der Konsumentenstimmungsumfrage des Seco noch nie so schlecht wie jetzt.

Die Probleme sind nicht neu. Nur das Ausmass hat sich verschlimmert. Bereits in den Jahren 2000 bis 2020 hat die Steuer- und Abgabepolitik die hohen Einkommen begünstigt, vor allem über Steuersenkungen. Bei den unteren und mittleren Einkommen schaute die Politik weg. Das Versprechen, mit Prämienverbilligungen dafür zu sorgen, dass niemand mehr als 8 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien bezahlen muss, wurde nicht eingehalten. Die Prämienverbilligungen hinken den Prämien mittlerweile sehr stark hinterher. Die Lohnfortschritte wurden durch die ungerechte Steuer- und Abgabepolitik zu einem grossen Teil zunichte gemacht, so dass die real verfügbaren Einkommen der Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen nur wenig gestiegen sind (s. die Tabellen im Anhang).

Mittlerweile beträgt die Prämienbelastung für eine Normalverdiener-Familie mit 2 Kindern knapp 14 Prozent des Nettoeinkommens (Standardprämie, nach Prämienverbilligungen). Selbst wenn sie ein günstigeres Versorgungsmodell (HMO u. a.) wählt, liegt die Prämienbelastung immer noch bei 12 Prozent.¹ Die Familie zahlt monatlich rund 1'000 Franken Prämie.

Grössere Probleme 2023, wenn die Reallöhne sinken und die Politik nicht gegensteuert

Im nächsten Jahr dürften sich die Kaufkraftprobleme zuspitzen. Ein sehr grosses Problem ist der starke Anstieg der Krankenkassenprämien von 6.6 Prozent, der vor allem Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen trifft. Dazu kommen die höheren Strom- und Energiepreise sowie die steigenden Mieten. Die Teuerung wird deshalb auch Anfang 2023 bei über 3 Prozent liegen.

Die TopverdienerInnen können den Prämienanstieg von mehreren hundert Franken besser verkraften. Dennoch erhalten ausgerechnet sie eine finanzielle Entlastung. Weil das Solidaritätsprozent

¹ Bei der Wahl eines alternativen Modells spart man bei derselben Franchise rund 13 Prozent (BAG-OKP-Statistik). Teilweise wird mit der tieferen «mittleren Prämie» argumentiert. Doch diese enthält auch höhere Franchisen. Die Kosten für die Haushalte sind am Schluss dieselben. Die Krankenkassen machen keine Geschenke.

bei der Arbeitslosenversicherung auf Löhnen über 148'200 Franken wegfällt, zahlen sie unter dem Strich weniger Sozialversicherungsbeiträge. Zudem profitieren sie von höheren Löhnen. Denn die Lohnschere hat sich wieder geöffnet.

Positiv ist, dass die Gewerkschaften in der Lohnrunde 2022/23 bisher einen beträchtlichen Teil ihrer Ziele erreicht haben. Die Lohnabschlüsse enthalten bisher mehrheitlich den Teuerungsausgleich und darüber hinaus teilweise noch eine Reallohnerhöhung. Hätte sich die Vorstellung von Arbeitgeber-Präsident Vogt durchgesetzt («eine Lohnrunde wie jede andere»), würden die Löhne nominal um 1 Prozent steigen bzw. real um 2 Prozent sinken. Die positiven Abschlüsse können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lohnverhandlungen anspruchsvoll sind. Zahlreiche Kantone wollen ihrem Personal keinen Teuerungsausgleich gewähren. Auch im Detailhandel verlaufen die Verhandlungen unbefriedigend.

Wie es den Arbeitnehmenden im kommenden Jahr finanziell gehen wird, ist noch nicht ganz entschieden. Noch stehen viele Lohnabschlüsse aus. Offen ist auch, um wie viel die Prämienverbilligungen steigen werden. Nachdem der Nationalrat eine Milliarde Franken zusätzlich zur Verfügung gestellt hatte, legte sich die Sozialkommission des Ständerates quer. Klar ist hingegen, dass die Top-VerdienerInnen kein Solidaritätsprozent mehr zahlen müssen.

Im «negativen Kaufkraftszenario»² mit Lohnerhöhungen gemäss Ansage des SAV-Präsidenten (1 Prozent 2023), mit Prämienverbilligungen gemäss kantonalen Budgets 2023 und einem Mietanstieg von 2.5 Prozent erleiden Familien mit unteren und mittleren Einkommen gegenüber 2020 deutliche Einkommensverluste. Im «positiven Szenario» mit 4 Prozent mehr Lohn 2023, einer Milliarde Franken mehr Prämienverbilligung des Bundes und einem Mietanstieg von 2 Prozent resultiert hingegen ein Plus.

Negatives Kaufkraftszenario					
Paare mit zwei Kindern, pro Monat, in Franken von 2020					
	Unterste 10%	Mittlere Löhne	Oberste 10%	Oberstes 1%	Oberste 0.1%
Lohn	-60	-80	460	980	2670
Abschaffung Soli-Prozent	0	0	0	70	290
KK-Prämien (inkl. Verbilligungen)	-40	-40	-40	-40	-40
Mieten	-20	-20	-20	-40	-100
Energie	-70	-70	-60	-70	-70
Verfügbares Einkommen	-190	-210	340	900	2750

Positives Kaufkraftszenario					
Paare mit zwei Kindern, pro Monat, in Franken von 2020					
	Unterste 10%	Mittlere Löhne	Oberste 10%	Oberstes 1%	Oberste 0.1%
Lohn	100	150	910	1940	5280
Abschaffung Soli-Prozent	0	0	0	70	310
KK-Prämien (inkl. Verbilligungen)	70	-10	-40	-40	-40
Mieten	-10	-10	-10	-20	-60
Energie	-70	-70	-60	-70	-70
Verfügbares Einkommen	90	60	800	1880	5420

² Die Löhne der obersten 10 Prozent steigen, weil die Kaderlöhne 2021 mit 4.5 Prozent (gemäss SAKE) stärker zugenommen haben. Für die Jahre 2022 und 2023 rechnen wir für alle Lohnklassen mit demselben Zuwachs (0.8 Prozent 2022 und 1 bzw. 4 Prozent 2023). In beiden Szenarien wird mit einem Anstieg der kantonalen Prämienverbilligungen gemäss Budgets von 3.4 Prozent gerechnet. Für die Teuerungsbereinigung der Löhne wurde der LIK ohne Wohnkosten verwendet, um Doppelzählungen zu vermeiden.

Lehre garantiert keinen Lohn zum Leben, Tieflohnssektor wächst

Unabhängig von der Konjunkturlage und der laufenden Lohnrunde ist die Lohnsituation in der Schweiz in verschiedener Hinsicht besorgniserregend. Neben der Lohnschere, die in den letzten Jahren wieder aufgegangen ist, sind die zu tiefen Löhne in verschiedenen Berufen und Branchen mittlerweile ein grösseres Problem.

Ein Viertel aller Berufstätigen mit einer Lehre verdient weniger als 5'000 Franken im Monat (bei Vollzeitstelle). Darunter BäckerInnen, VerkäuferInnen, aber auch HochbauzeichnerInnen u. a. Die Hälfte verdient weniger als 6'000 Franken. Real sind die Löhne in dieser Gruppe zwischen 2016 und 2020 sogar gesunken. Es stellt sich immer mehr die Frage, ob der Glaubenssatz der Schweizer Bildungspolitik, «die Lehre ist der Königsweg», überhaupt noch zutrifft. Lange war es selbstverständlich, dass man mit einer Lehre eine Familie haben kann. Mit 5'000 Franken Lohn ist das kaum mehr möglich.

Auch bei den unteren Löhnen hat sich die Lage verschlechtert. Der Tieflohnssektor in der reichen Schweiz wächst wieder. Der Anteil der Tieflohnstellen ist seit 2014 von 10.2 auf 10.5 Prozent angestiegen. Konkret heisst das, dass rund 500'000 Berufstätige einen Lohn von weniger als 4'500 Franken pro Monat haben (bei Vollzeit). Rund ein Drittel von ihnen hat eine Lehre abgeschlossen. Offensichtlich garantiert auch eine drei- oder vierjährige Ausbildung keinen Schutz mehr vor Dumpinglöhnen.

«Die Schweiz braucht keinen Mindestlohn, weil sie eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft hat», versprochen die Arbeitgeber und der Bund. So beispielsweise in ihrer Kampagne gegen die Mindestlohninitiative. Die Realität spricht eine andere Sprache. Es ist inakzeptabel, dass in der reichen Schweiz mehr Menschen in Tieflohne und Prekarität abgedrängt werden.

Löhne und Einkommen müssen zum Leben reichen – Forderungen des SGB

Die Lohn- und Einkommensprobleme der Berufstätigen in der Schweiz müssen gelöst werden. Der SGB fordert deshalb:

- Wer eine Lehre abgeschlossen hat, soll mindestens 5'000 Franken pro Monat verdienen.
- Niemand soll einen Lohn von unter 4'500 Franken haben. Das ist der Richtwert der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Unmittelbares Ziel oder absolutes Minimum ist ein Lohn von 4'000 Franken (x13).
- In der Lohnrunde 2022/23 braucht es den Teuerungsausgleich und Reallohnerhöhungen. Die Geschäftslage der Firmen ist gut bis sehr gut. Und Lohnerhöhungen für die Arbeitnehmenden sind überfällig.
- Der Prämienschock erfordert eine substanzielle Erhöhung der Prämienverbilligungen. Der SGB fordert den Ständerat auf, wie der Nationalrat eine Milliarde Franken zusätzlich zu sprechen. Die Kantone müssen die Verbilligungen mindestens im Ausmass des Prämienwachstums erhöhen.

Tabelle A1: Einkommensveränderung zwischen 2000 und 2020

Alleinstehende, pro Monat, in Franken von 2020

	Unterste 10%	Mittlere Löhne	Oberste 10%	Oberstes 1%	Oberste 0.1%
Lohn	830	1130	2890	6660	19550
Mehrabgaben wegen höherem Einkommen	-220	-280	-990	-2790	-8320
<i>davon</i> Sozialversicherungsbeiträge	-90	-110	-290	-670	-1890
Einkommenssteuern	-110	-170	-680	-2040	-6140
KK-Prämien (inkl. Verbilligungen)	-30	0	0	0	0
Indirekte Steuern	10	10	-20	-80	-290
Steuer- und Abgabenpolitik	-280	-320	-380	-440	-330
<i>davon</i> Sozialversicherungsbeiträge	-40	-70	-190	-390	-1380
Einkommenssteuern	30	40	110	270	1400
KK-Prämien (inkl. Verbilligungen)	-250	-270	-270	-270	-270
Indirekte Steuern	-20	-20	-20	-40	-90
Wohnkosten	-150	-110	-240	-730	-2190
Verfügbares Einkommen	190	420	1290	2710	8710

Tabelle A2: Einkommensveränderung zwischen 2000 und 2020

Paare mit zwei Kindern, pro Monat, in Franken von 2020

	Unterste 10%	Mittlere Löhne	Oberste 10%	Oberstes 1%	Oberste 0.1%
Lohn	1190	1620	4140	9530	27960
Mehrabgaben wegen höherem Einkommen	-330	-420	-1520	-3960	-11790
<i>davon</i> Sozialversicherungsbeiträge	-110	-160	-430	-980	-2710
Einkommenssteuern	-130	-250	-1050	-2890	-8700
KK-Prämien (inkl. Verbilligungen)	-100	-10	0	0	0
Indirekte Steuern	10	0	-40	-100	-380
Steuer- und Abgabenpolitik	-330	-390	-460	-510	-1130
<i>davon</i> Sozialversicherungsbeiträge	-70	-90	-240	-550	-1870
Einkommenssteuern	190	300	480	770	1550
Familienzulagen	130	130	130	130	130
KK-Prämien (inkl. Verbilligungen)	-430	-560	-660	-660	-660
Indirekte Steuern	-30	-40	-50	-70	-140
Wohnkosten	-220	-180	-130	-530	-1650
Verfügbares Einkommen	310	620	2030	4530	13390